STADT THUN

GEMEINDERAT

Rathaus, Postfach 145, 3602 Thun
Telefon 033 225 82 20
gemeinderat@thun.ch

thun.ch

Stadtratssitzung vom 12. Mai 2022

Postulat P 6/2022

Postulat betreffend Prüfung der allgemeinen Versorgungssicherheit in der Stadt Thun

Fraktion SVP vom 24. März 2022; dringliche Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten, rasch Massnahmen zur allgemeinen Versorgungssicherheit zu prüfen, um die Unabhängigkeit der Stadt Thun in folgenden Bereichen sicherzustellen:

1. Nahrungsmittelverteilung in einer ausserordentlichen Lage;
2. Liefervereinbarungen mit Lieferanten für Güter des täglichen Bedarfs;
3. Treibstoff-, Gas-, Öl- und Stromunabhängigkeit (Förderung von alternativen Quellen/Konzepten);
4. Betreuung der betroffenen Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen;
5. Informations- und Kommunikationsmittel für die Bevölkerung und der Notfallorgane bei einem lang andauernden Stromausfall (Blackout);
6. Einsatzbereitschaft der Schutzräume sowie deren Kapazitäten, Zuteilung, Verfügbarkeit und Zustand, sowie die Funktionsfähigkeit der Schutzinfrastruktur;
7. Alimentierung des Regionalen-Führungs-Organes (RFO) und deren Funktions- und Durchhaltefähigkeit;
8. Finanzierung der notwendigen Massnahmen und Mittel für ausserordentliche Ereignisse in Thun;
9. Umgang mit einer ausserordentlich hohen Anzahl Flüchtlinge.

Begründung

Mehrheitlich überraschend ist entgegen vielen geopolitischen Experten der Konflikt in Osteuropa unhaltbar eskaliert. Die vermeintliche, in der Gesellschaft als selbstverständlich angesehene Sicherheit droht kurz- bis mittelfristig in eine unübersichtliche Instabilität zu kippen. Langjährige Abmachungen und Vereinbarungen haben keine Bedeutung mehr. Sofort und aufgrund von Abhängigkeiten ist die Versorgungssicherheit nicht mehr sichergestellt, sei dies bei der Nahrung, bei Energieträgern, bei materiellen Gütern und bei Information (Aufzählung nicht abschliessend). Dabei kann unweigerlich festgestellt werden, dass empfindliche Bereiche in allen Lebenslagen und Bevölkerungsschichten betroffen sind.

STADT THUN

Stellungnahme des Gemeinderates

Die zuständigen Amtsstellen auf allen drei Staatsebenen setzen sich mit Fragen der Versorgungssicherheit auseinander. Die Zuständigkeiten sind geregelt. Seit Beginn der Pandemie, den Hochwasserereignissen, den Diskussionen rund um den Strommangel und dem Angriffskrieg auf die Ukraine hat das Thema noch einmal an Bedeutung gewonnen, und zwar auch in der Stadt Thun. Rund um das Hochwasser und die Pandemie hat sich gezeigt, dass die Abteilungen der Stadtverwaltung und das RFO Thun plus ausserordentliche Situationen bewältigen können. Es gilt aber, gestützt auf die gemachten Erfahrungen und die neuen Situationen die richtigen Schlüsse zu ziehen und Massnahmen laufend anzupassen.

Der Kanton Bern hat im Herbst 2021 ein Umsetzungskonzept für eine Betriebskontinuitätsplanung (Business Continuity Management BCM) verabschiedet.[1] Die Zielsetzung wurde wie folgt formuliert: Mit der Einführung eines BCM für die Kantonsverwaltung wird angestrebt, die wichtigsten und damit kritischsten Leistungen der Kantonsverwaltung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Politik auch im Ereignis- oder Krisenfall aufrechterhalten zu können. Der Fokus liegt damit im Unterschied zum eigentlichen Risikomanagement nicht darin, z.B. das Risiko eines Stromausfalles zu minimieren. Sondern es geht darum, — um beim Beispiel zu bleiben — die Verwaltung so vorzubereiten, dass im Fall eines Stromausfalles die unmittelbar notwendigen, vitalen Leistungen weiterhin erbracht werden können. Letztlich wird damit die Resilienz des «Staates» verbessert und vorgesorgt, dass dieser auch unter schwierigen Bedingungen die Gesellschaft unterstützen kann. Auf Anregung der Sicherheitsabteilungen der Städte Burgdorf und Thun wurde mit den Sicherheitsabteilungen der umliegenden Gemeinden Spiez und Steffisburg sowie dem Geschäftsführer des Verbandes Bernischer Gemeinden eine erste Sitzung einberufen. Ziel ist es, ein koordiniertes Vorgehen zu prüfen, den Gemeinden ein Raster zur Verfügung zu stellen und dadurch die Kosten in einem vernünftigen Rahmen zu halten. Ob und in welcher Form ein BCM für die Stadt Thun erarbeitet und umgesetzt werden kann, wird der Gemeinderat mit der Kenntnisnahme des Schlussberichts Pandemie im Sommer 2022 zu entscheiden haben.

Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) koordiniert und betreibt Pflichtlager mit lebenswichtigen Gütern wie Lebensmittel, Medikamente, Treibstoffe und bezieht wichtige Wirtschaftszweige für die Versorgungssicherheit mit ein. Die Kantone werden vor allem für die Umsetzung mit einbezogen und stehen in engem Austausch mit dem BWL. Der Kanton wiederum pflegt den Austausch über Delegierte der Gemeinden und Führungsorgane zu den Kommunen. Innerhalb dieser Strukturen wird im Krisenfall auch die Verteilung von Nahrungsmitteln festgelegt und koordiniert. Innerhalb der obenerwähnten Strukturen auf Bundes- und Kantonsebene bestehen Vereinbarungen mit Grossverteilern. Im Bereich Schutzmaterial zur Bewältigung einer Pandemie hat die Stadt Thun vor Kurzem selber eine Vereinbarung mit der Spital STS AG abgeschlossen.

Für die Überbrückung von kurzfristigen Strom- und Treibstoffausfällen (< 36 Std.) bestehen eigene Reserven (Tankstelle mit Notstrom bei der Feuerwehr) und Absprachen mit ortsansässigen Grossbetrieben.

Mit den klimapolitischen Zielsetzungen des Gemeinderats wird neben der Reduktion der CO2-Emissionen auf Netto Null bis 2050 gleichzeitig auch die Unabhängigkeit der Stadt Thun von Öl- und

[1] Medienmitteilung Kanton Bern vom 19. Januar 2022

STADT THUN

Gasimporten angestrebt. Der bis Ende Jahr vorliegende Aktionsplan Klima wird entsprechende Massnahmen enthalten.

Wie der Grundlagenbericht zur Klimastrategie aufzeigt, ist der Zubau von Fotovoltaikanlagen verstärkt auf Winterstromproduktion auszulegen, um der Strom-Importabhängigkeit im Winterhalbjahr zu begegnen. Dasselbe gilt für saisonale Wärmespeicher, wie beispielsweise in der Stuckimatte in Steffisburg verbaut. Daneben ist auch eine Steigerung der Energieeffizienz (Gebäude, Fahrzeuge, Prozesse usw.) von grösster Bedeutung. Vorbehältlich der eingereichten Beschwerde gegen das vom Stadtrat genehmigte Reglement über die Spezialfinanzierung Förderprogramm Energieeffizienz sieht das Förderprogramm die finanzielle Förderung solcher Massnahmen bei Privaten vor.

Die Strombranche der Schweiz beziehungsweise der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) beschäftigt sich seit langem mit dem Thema Versorgungssicherheit und hat im Auftrag des Bundesrates und der wirtschaftlichen Landesversorgung (BWL) die OSTRAL Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen zur Bewältigung schwerer Mangellagen ins Leben gerufen. Massnahmen, die bei einer Strommangellage durchgesetzt werden, bestehen und können jederzeit umgesetzt werden. Die Energie Thun AG ist dort aktiv mit dabei. Auch hat sie bereits vor fünf Jahren begonnen, mit einzelnen Grossverbrauchern Szenarien durchzuspielen, um deren firmeninternes Risikomanagement zu sensibilisieren. Im Weiteren ist die Energie Thun AG im RFO Thun plus eingebunden.

Die Stadt Thun hat auch im Pilotprojekt «Notfalltreffpunkte» des Kantons mitgewirkt. In Thun stehen mittlerweile fünf Notfalltreffpunkte zur Verfügung. Bei einem Ausfall von kritischen Infrastrukturen, beispielsweise in Folge grossflächiger Stromausfälle, können in Zukunft Notfalltreffpunkte in den Gemeinden als Anlauf- und Notrufstellen für die lokale Bevölkerung dienen. Im Weiteren wurde der Pandemieplan aktualisiert und die vitalen Bereiche innerhalb der Stadtverwaltung eruiert.

Aktuell werden alle Schutzräume innerhalb der periodischen Schutzraumkontrolle (PSK) in der Stadt Thun überprüft. Ein Überblick über den aktuellen Zustand der privaten und öffentlichen Schutzräume steht ab Frühling 2023 zur Verfügung. Die Zuweisungsplanung wird gestützt auf die Erkenntnisse aktualisiert.

Für Unterbringungsfragen von Geflüchteten ist in erster Linie der Verein Asyl Berner Oberland zuständig. Die Stadt Thun meldet Unterkünfte via Regierungsstatthalteramt dem Kanton. Sie macht aber auch Eventualplanungen rund um Unterkunftsmöglichkeiten auf dem Stadtgebiet.

Fragen rund um die Finanzierung der notwendigen Massnahmen und Mittel werden in die Überlegungen soweit möglich einbezogen.

Das RFO Thun plus ist personell kompetent besetzt und gut aufgestellt und hat sich gerade beim Hochwasser 2021 bewährt. Es wird regelmässig vom Kanton überprüft und übt seine Tätigkeit in Krisensituationen ein bis zweimal pro Jahr. Ein 24-Stundenbetrieb über mehrere Tage kann sichergestellt werden.

Mit der vorliegenden Berichterstattung sind die Anliegen der Postulantin geprüft worden. Das Postulat kann damit angenommen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

STADT THUN

Antrag
Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Thun, 27. April 2022

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident	Der Stadtschreiber
Raphael Lanz	Bruno Huwyler Müller